**Kinderrechte: Stadt und Land fördern Projekte**

***Institutionen und Vereine können sich bis zum 15. Mai bewerben***

**Im Mittelpunkt diesjährige Woche der Kinderrechte steht Artikel 22 der Kinderrechtskonvention. Es richtet sich explizit an geflüchtete Kinder und Jugendliche. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, ihnen angemessenen Schutz, humanitäre Hilfe und Zugang zu Bildung zu gewährleisten.**

Sonja Jensen, die beim Kinder- und Jugendbüro (KiJuB) die Fachstelle für Partizipation innehat, beschäftigt sich seit Langem mit den Kinderrechten. Sie weiß: „Wir stehen bei der Arbeit mit jungen Geflüchtete in Bezug auf Kinderrechte vor vielfältigen und besonderen Herausforderungen.“ Das gilt zum Beispiel für die Unterbringung. Eine vom zuständigen Bundesministerium gegründete Initiative hat Mindeststandards für Flüchtlingsunterkünften entwickelt und setzt dort Gewaltschutzkoordinatoren ein, um die Rechte der Kinder zu gewährleisten. Die Stadt Neuwied wiederum hat es geschafft, fast alle Familien ausschließlich in Wohnungen unterzubringen, um Mädchen und Jungen eine kindgerechte und sichere Unterkunft zu bieten.

Eine besonders gefährdete Gruppe unter geflüchteten Kindern und Jugendlichen sind unbegleitete Minderjährige. Ihnen fehlt der direkte Schutz durch die eigenen Eltern. „Sie haben ein Recht auf besonderen Schutz durch den Staat. In Neuwied wird das durch Inobhutnahme und Betreuung durch Jugendamt, Vormund oder Pflegefamilien umgesetzt“, erläutert Jensen.

Allgemein geht es laut Jensen für geflüchtete Kinder darum, Zugang zu medizinischen, psychologischen und psychosozialen Angeboten zu erhalten. Unabdingbar auch, Zugang zu Bildung und Schule zu bekommen. Primäre Aufgabe derer, die sich um Geflüchtete kümmern, ist es daher, die Betroffenen darüber zu informieren, wo sie entsprechende Informationen erhalten und wie sie Förderangebote wahrnehmen können. Zudem sollten auch junge Geflüchtete an Entscheidungsprozessen beteiligt werden. In dieser Beziehung kann Vereinen und Verbänden eine besondere Rolle zukommen. Sie haben Möglichkeiten, Kinder, die teils traumatische Fluchterfahrungen hinter sich haben, durch Workshops, politische Bildungsarbeit und sportliche Angebote zur Mitgestaltung in der Gesellschaft zu motivieren.

„Projekte aus der gesamten Stadt Neuwied, die mit Jungen und Mädchen eines oder mehrere Kinderrechte: „Alle Kinder sind gleich“, „Bildung“, „Gesundheit“, Schutz“ und „Beteiligung“ unter der besonderen Betrachtung von geflüchteten Kindern- und Jugendlichen, gemeinsam erarbeiten oder Kinder darüber aufklären, werden von der Stadt und dem Familien- und Jugendministerium mit bis zu 300 Euro gefördert“, erläutert Sonja Jensen von der Fachstelle Partizipation des städtischen Kinder- und Jugendbüros (KiJuB). „Bis zum 15. Mai können sich Einrichtungen bei der Fachstelle Partizipation mit einer formlosen, einseitigen Projektbeschreibung bewerben.“

Weitere Informationen erteilt Sonja Jensen vom KiJuB, Tel. 02631 802 170, E-Mail sjensen@neuwied.de. Projektanmeldungen können per Post an das Kinder- und Jugendbüro, Pfarrstraße 8, 56564 Neuwied gesendet werden oder per E-Mail an sjensen@neuwied.de